



Volksinitiative Brandenburg für ein absolutes Nachtflugverbot am Hauptstadtflughafen BER

Pressemitteilung

BBI/BER-Volksinitiative

Antrag zum Nachtflugverbot eingebracht

Die Vertreter der Brandenburgischen Volksinitiative für ein uneingeschränktes Nachtflugverbot am künftigen Hauptstadtflughafen „Willy Brandt“ in Schönefeld haben diese heute um 12:30 Uhr dem Präsidenten des Landtags unterbreitet. In der Rekordzeit von 11 Wochen haben fast 40.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger mit ihrer Unterschrift zum Ausdruck gebracht, dass diese Initiative wirklich eine Initiative des Volkes ist. „An einem solchen Volksauftrag kommt kein Volksvertreter mehr vorbei,“ erklärte MATTHIAS SCHUBERT bei der Übergabe der Unterschriften.

Das weitere Verfahren liegt nun in der Verantwortung des Parlaments. Wie immer das höchste deutsche Verwaltungsgericht nach der Verhandlung am 20. und 21. September in Leipzig über die Klagen zum künftigen Nachtflugverbot entscheidet - die Bundesrichter in Leipzig werden und können nicht die Möglichkeit eines gegenüber dem Planergänzungsbeschluss mit seinen über 100 Nachtflügen deutlich strengeren Nachtflugverbots ausschließen!

Landtagspräsident Gunter Fritsch wird jetzt vom Landesabstimmungsleiter das Vorliegen der förmlichen Voraussetzungen für die Volksinitiative prüfen lassen. Danach muss der Hauptausschuss des Landtags die Zulässigkeit der Initiative beschließen und sie an den zuständigen Ausschuss überweisen. Dafür, für die Beratungen im Ausschuss und für die Beschlussfassung steht dem Landtag ab dem Tag der Unterschriftenübergabe ein Zeitraum von insgesamt vier Monaten zur Verfügung. Die Vertreter der Volksinitiative lassen keinen Zweifel daran, dass sie bei einem Verstreichen der Frist sofort die nächste Stufe der Volksgesetzgebung, das Volksbegehren, starten. Die dazu erforderlichen 80.000 Unterschriften, die dann nur noch in den Rathäusern abgegeben werden dürfen, hat zwar in Brandenburg noch nie eine Volksinitiative geschafft. „Wir werden beim Nachtflugverbot die ersten sein,“ gibt sich SCHUBERT trotzdem zuversichtlich. In seiner Heimatgemeinde Kleinmachnow bereiten sich Gemeindevertretung und Bürgermeister vorsorglich schon jetzt auf die Unterstützung des Volksbegehrens vor. Alles, was in Kleinmachnow dazu an Ideen und Maßnahmen entwickelt wird, soll auch den vielen anderen betroffenen Kommunen im Land an die Hand gegeben werden.

Potsdam, Kleinmachnow, den 19.9.2011

V.i.S.d.P.: Matthias Schubert

0151 40133961